

Human Rights Update

Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD)
Top Floor, Narthang Building, Gangchen Kyishong, Dharamsala 176215, H.P., India
phone/fax +91/1892/23363/25874, e-mail: dsala@tchrd.org, www.tchrd.org

Dezember 2007

Inhalt:

Erklärung des TCHRD zum Internationalen Tag der Menschenrechte
Zwei ehemalige politische Gefangene im Exil eingetroffen
Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Menschenrechten in Tibet
China läßt Mönche aus dem Kloster Phelka verhaften
Offizielle Lügen führen zu Spannungen im Bezirk Nyagchu
Tibetische Schriftstellerin Tsering Woesser mit der "Freedom of Speech Medal" ausgezeichnet

Erklärung des TCHRD zum Internationalen Tag der Menschenrechte

Anlässlich des 59. Internationalen Menschenrechtstages, den wir heute begehen, begrüßt und dankt das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie all jenen Menschen auf der ganzen Welt, die sich für den Schutz und die Förderung der fundamentalen Grundrechte einsetzen, für die dem Menschen innewohnende Würde und die gleichen und unveräußerlichen Rechte, auf die alle Mitglieder der menschlichen Familie mit ihrer Geburt ein Anrecht haben. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (UDHR), die am 10. Dezember 1948 von der Vollversammlung der UNO verabschiedet wurde, stellt „das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“ bezüglich der Menschenrechte dar.

Obwohl es zur Formulierung dieser Erklärung vieler Jahre bedurfte und sie nun schon Jahrzehnte zurückliegt, erfordert der Kampf darum, daß einem jeden Erdenbürger der Anspruch auf die 30 in ihr festgeschriebenen Freiheiten und Rechte auch gewährt wird, unser Engagement nicht nur heute, sondern jeden Tag.

Der 10. Dezember ist für die Tibeter nicht nur als der internationale Menschenrechtstag wichtig, sondern auch als ein Tag, an dem sie der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama 1989 in Anerkennung seines unermüdlischen gewaltlosen Einsatzes für Frieden und Menschenrechte gedenken. Das TCHRD erinnert heute an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die darin verankerten Werte und würdigt die Bemühungen von uns allen zur Verteidigung der Menschenrechte des tibetischen Volkes in Tibet.

In den vergangenen elf Monaten mußten die Tibeter in Tibet erfahren, wie ihre Menschenrechte und Freiheiten schlimmer denn je von den chinesischen Behörden mißachtet wurden. Es ist äußerst bedauerlich und zu verurteilen, daß die VR China, obwohl sie als ein ständiges Mitglied der UNO den meisten UN-Menschenrechtsverträgen beigetreten ist, die fundamentalen in der UDHR niedergelegten Grundsätze nicht respektiert und einhält, sondern diese in eklatantester Form in Tibet regelmäßig verletzt und dabei noch ungestraft bleibt. Die chinesischen Behörden verweigern den Tibetern weiterhin systematisch ihre Menschenrechte.

In den vergangenen elf Monaten des Jahres 2007 hat das TCHRD u.a. die folgenden Ereignisse dokumentiert:

Die erhaltenen Informationen über eine ganze Reihe neuer Fälle von Festnahmen von Tibetern unter dem Verdacht politischer Aktivitäten.

Am 1. Januar 2007 traten die neuen 56 Artikel umfassenden „Maßnahmen für die Handhabung der religiösen Angelegenheiten“ in Kraft, die von dem 11. Ständigen Ausschuß der Volksregierung der „TAR“ verabschiedet wurden. Statt den religiösen Angelegenheiten Schutz zu gewähren, ist der einzige Zweck dieser neuen Bestimmungen, die Einhaltung der staatlichen Vorschriften bezüglich religiöser Einrichtungen, deren Mitarbeitern und gläubigen Bürgern, sowie was die Stätten der Anbetung und religiösen Aktivitäten angeht, gewaltsam durchzusetzen.

Mitgliedern der KP und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, sogar dem gewöhnlichen Volk in Lhasa, wurde in der Woche, in der im März die Politische Konsultativkonferenz in Peking tagte, der Besuch von Tempeln verboten. Man drohte ihnen mit dem Verlust der Parteimitgliedschaft oder Entlassung aus dem Dienst, falls sie in der Hauptstadt buddhistische Tempel zum Gebet aufsuchten.

China verschärfte sein Verbot religiöser Aktivitäten in Tibet, besonders während des heiligen Monats Saka Dawa ab dem 17. Mai 2007 waren die Gläubigen von scharfen Restriktionen betroffen. Chinas „Staatliche Verwaltung für Religiöse Angelegenheiten“ (SARA) gab einen 14 Artikel umfassenden „Maßnahmenkatalog für die Reinkarnation lebender Buddhas im tibetischen Buddhismus“ heraus, der am 1. September in Kraft trat. Dies zeigt deutlich, wie entschlossen die KP ist, die jahrhundertalte Tradition und religiöse Praxis der Tibeter zu untergraben und in Mißkredit zu bringen. Die neuen Maßnahmen, die von der offiziellen Presse als ein „wichtiger Schritt zur Institutionalisierung der Verwaltung von Wiedergeburten“ beschrieben wurden, richten sich bewußt gegen einen der zentralen Glaubensinhalte des tibetischen Buddhismus, wenn sie „Bestätigungsverfahren“ für lebende Buddhas vorschreiben. Sie sind ein Beweis für die Absicht der KP, die tibetische religiöse Hierarchie zu untergraben und zu zersetzen und die Autorität der rechtmäßigen religiösen Führungspersönlichkeiten in Tibet, vor allem die des Dalai Lama, zu schwächen.

China erhöhte den Druck auf das Kloster von Tulku Tenzin Delek, Kham Nalanda Thekchen Jangchub Choeling, und ließ am 19. Juli 2007 zwei ältere Frauen, Odho und Apha Bomo, beide aus dem Dorf Othok, Kreis Nyagchuka, „TAP“ Kardze, Provinz Sichuan, festnehmen. Den Frauen wurde vorgeworfen, sie hätten ihre Landsleute dazu aufgehetzt, sich ihrem Appell nach der Freilassung Tenzin Deleks anzuschließen. Nachdem die Behörden dann den Dorfcchef von Othok verpflichteten, für ihr weiteres „gutes Betragen“ die Garantie zu übernehmen, wurden sie am 27. August entlassen.

Am 1. August 2007 wurde Ronggye Adrak verhaftet, weil er während des jährlichen Pferderennenfestes in Lithang öffentlich seine Meinung geäußert hatte. Auf Ronggye Adraks Verhaftung hin erließen die Behörden in Lithang und den umliegenden Gebieten scharfe Restriktionen, weil sie massive Proteste der ihn unterstützenden Bevölkerung befürchteten. Sie stellten zusätzliche Kontingente der Bewaffneten Volkspolizei (PAP) zur Verstärkung bereit, um die Aktivitäten seiner Sympathisanten zu überwachen. Am 21. August wurden drei seiner Neffen, Adruk Lopoe, Adruk Nyima und Adruk Gyatso, willkürlich festgenommen. Nyima und Gyatso wurden zwar nach sechs Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt, aber Adruk Lopoës Verbleib war bis zu seinem Gerichtsverfahren unbekannt.

Am 19. August 2007 wurde Lothok, ein 36jähriger tibetischer Nomade und Vater von fünf Kindern aus dem Dorf Drakar Latse, Distrikt Lithang, in einem Gästehaus in Chengdu, der Provinzhauptstadt Sichuans, willkürlich festgenommen.

Eine beinahe vollendete gold- und kupferbeschlagene riesige Statue von Guru Rinpoche im Kloster Samye, Kreis Dranang, Präfektur Lhoka, „TAR“, wurde in dem den Buddhisten heiligen Monat Saka Dawa, Mitte Mai, von den Milizen der PAP zerstört. Eine weitere Statue von Guru Rinpoche wurde in der ersten Oktoberwoche in Ngari Darchen, Distrikt Purang, Präfektur Ngari, „TAR“, niedergedrückt. Bei einem ähnlichen Vorfall musste am 14. August 2007 der Bau einer Statue von Guru Rinpoche im Dorf Rongpatsa, Distrikt Kardze, „TAP“ Kardze, auf Befehl der Lokalbehörden eingestellt werden.

Seit der ersten Septemberwoche 2007 haben die chinesischen Behörden in Lithang und den umliegenden Kreisen einen intensiven Feldzug zur „patriotischen Erziehung“ gestartet. Am 2. September wurde Adruk Kalgyam, ein tibetischer Nomade aus dem Dorf Youru Kharshul, verhaftet, weil er den Kadern bei der Umerziehung widersprochen hatte. In ähnlicher Weise wurde am 3. Oktober Jamyang Tenzin, ein Mönch des Klosters Youri Geydenling im Distrikt Lithang wegen seines offenen Widerstandes gegen die Behörden bei der patriotischen Umerziehung festgenommen. Über beider Schicksal liegen keine Informationen vor.

Um den 7. September hielt die Polizei 40 Schüler fest, die tags zuvor angeblich auf die Mauern der Polizeistation und anderer Gebäude ihres Dorfes Parolen gekritzelt hätten, in denen sie die Rückkehr des Dalai Lama und Freiheit für Tibet forderten. Innerhalb von 48 Stunden wurden alle bis auf sieben aus der Polizeihaft entlassen. Die sieben, die aus Nomadenfamilien stammen, sind Schüler der Mittelschule von Amchok Bora im Distrikt Labrang, „TAP“ Gannan, Provinz Gansu. Vier von den sieben Schülern, die alle wegen der Anbringung der Graffitis geschlagen und mißhandelt wurden, befinden sich noch in Gewahrsam. Die Anwendung der Folter ist in Tibet immer noch endemisch und

eine weitverbreitete Praxis, obwohl China die UN-Konvention gegen Folter unterschrieben und ratifiziert hat.

Das Verbot der Folter ist im internationalen Völkerrecht eindeutig festgeschrieben. Es ist unmißverständlich und absolut und bindend für alle Staaten und in allen Gebieten, die ihrem Herrschaftsbereich unterstehen. Es gilt unter allen Umständen und für alle Zeiten. Ebensovienig ist Folter zulässig, wenn sie in anderen Worten umschrieben wird: Grausame und unmenschliche Behandlung sind inakzeptabel und illegal, ungeachtet dessen, wie sie bezeichnet werden.

Erhöhte Überwachung und strengere Maßnahmen vor und nach der Auszeichnung des Dalai Lama mit der höchsten Auszeichnung, die einem Bürger zuteil werden kann, durch die USA am 17. Oktober zogen eine Reihe von Verletzungen der fundamentalen Menschenrechte der Tibeter in Tibet nach sich. Die chinesischen Behörden trafen diverse Vorsichtsmaßnahmen. So wurde die Überwachung aufgestockt, verdächtige Individuen wurden strenger kontrolliert und ehemalige politische Gefangene vorsichtshalber sogar in Gewahrsam genommen. Insbesondere im Kloster Drepung ist die Lage weiterhin angespannt, und die Mönche unterstehen fortwährend erhöhter Überwachung. Ein großes Kontingent an PAP-Kräften marschierte in dem Kloster auf, wo sie das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit einschränkten. Ein Mönch und vier Laien wurden im Kloster Amdo Labrang Tashikyil im Distrikt Sangchu, „TAP“ Kanlho, Provinz Gansu, festgenommen, nachdem sie sich zum Sangsol Gebet versammelt und Feuerwerkskörper entzündet hatten, um die Auszeichnung des Dalai Lama zu feiern. Außerdem sollen zwei Tibeter aus dem Dorf Othok, Distrikt Lithang, „TAP“ Kardze, am 17. Oktober festgenommen worden sein, nachdem sie Gebetsfahnen aufzogen und das Sangsol Gebet ausführten, um die Verleihung der höchsten zivilen Ehre der USA an den Dalai Lama zu feiern.

Am 18. Oktober wurden am Nangpa Paß von den Grenzschutztruppen erneut Schüsse auf fliehende Tibeter abgefeuert, wonach von der Gruppe von 46 Flüchtlingen nun neun vermisst werden und drei festgenommen wurden.

Am 20. November verurteilte das Mittlere Volksgericht von Kardze Ronggye Adrak zu acht Jahren Gefängnis und dem Verlust der politischen Rechte für vier Jahre wegen des Delikts der „Aufhetzung zur Spaltung des Landes und Untergrabung der Einheit der Nation“ und der „ernsthaften Störung der öffentlichen Ordnung“. Adruk Lopoe, ein Neffe Ronggye Adraks, wurde unter der Anklage der „Kollaboration mit ausländischen separatistischen Kräften zur Spaltung des Landes und Verteilung von politischen Pamphleten“ mit zehn Jahren Gefängnis am härtesten bestraft. Der Künstler Kunkhen (Jacmyang Goingqen), der willkürlich am 22. August von den PSB-Beamten des Kreises Lithang aus unbekanntem Grund festgenommen worden war, wurde zu neun Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „spalterischen Tätigkeiten“ nachgegangen sei. Der Nomade Lothok wurde von demselben Gericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Über 130 Tibeter befinden sich noch in Tibet in verschiedenen Gefängnissen, bloß weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnahmen. Der Verbleib des Panchen Rinpoche, Gedhun Choekyi Nyima, und vieler bedeutender religiöser Führungsgestalten liegt immer noch im Dunkeln. Der Fall von Ronggye Adrak und seiner drei Gefährten aus Lithang und die harten Gefängnisstrafen, die der Mittlere Volksgerichtshof von Kardze wegen der ungenau definierten Anklage der „Gefährdung der Staatssicherheit“ über sie verhängte, machen das Ausmaß der Repression deutlich. Sie zeigen, welchen Preis die Tibeter in Tibet zahlen müssen, wenn sie die in der chinesischen Verfassung verankerten Rechte friedlich ausüben, sowie andere grundlegende Menschenrechte, die von den internationalen auch von China unterschriebenen Verträgen geschützt werden.

Das TCHRD nimmt diesen wichtigen Gedenktag zum Anlaß, seine Besorgnis darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die im chinesischen Gesetz mit ungenauen Begriffen formulierten Anklagepunkte wie „Gefährdung der Staatssicherheit“, „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“ immer öfter von der chinesischen Justiz herangezogen werden, um Tibeter festzunehmen und im Gefängnis verschwinden zu lassen. Das TCHRD drängt die chinesische Führung, der Praxis der Folter und der patriotischen Umerziehung in den Klöstern Tibets sofort ein Ende zu setzen. Es verlangt, daß China die Bestimmungen der UN-Konvention gegen Folter (CAT) und des Internationalen Vertrags über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (ICESCR), denen es beiden beigetreten ist, auch respektiert. China sollte seinen Verpflichtungen nachkommen und die Zusatzprotokolle zu dem CAT und dem Internationalen Vertrag über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR) ratifizieren. Das Zentrum für Menschenrechte und Demokratie ruft die chinesische Regierung erneut dazu auf, sich an die internationalen Menschenrechtsnormen zu halten und die Garantien seiner eigenen Verfassung zu respektieren.

Zwei ehemalige politische Gefangene im Exil eingetroffen

Zwei ehemalige politische Gefangene, Jampa Tashi und Lobsang Palden, die zwölf Jahre in chinesischen Gefängnissen inhaftiert gewesen waren, haben am 23. Dezember 2007 Dharamsala, Indien, erreicht. Sie wurden am 29. März 2006 aus dem Pawo Tramo Gefängnis in der Präfektur Nyingtri in der Autonomen Region Tibet (TAR) entlassen.

Nach ihrem Eintreffen im *Tibetan Refugee Reception Centre* in Kathmandu im Dezember 2007 berichteten sie dem TCHRD von ihrer Zeit in der Gefangenschaft.

Jampa Tashi, Lobsang Palden, Chime Dorjee, Lobsang Tsegyal und Pema Tsering wurden am 29. März 1994 von Beamten des Büros für Öffentliche Sicherheit (PSB) unter dem Vorwurf verhaftet, Schilder an chinesischen Verwaltungsgebäuden durch Plakate ersetzt zu haben, auf denen dem Wunsch nach einem freien und unabhängigen Tibet Ausdruck verliehen wurde.

Noch während sie Parolen wie "Freiheit für Tibet" riefen, war bereits das Personal vom PSB zur Stelle und brachte die friedlichen Demonstranten zum Büro für öffentliche Sicherheit (PSB). Dort wurden sie drei Tage lang in getrennten Räumen vernommen. Während der Verhöre hat man sie geschlagen und die verschiedensten Folterinstrumente eingesetzt, um sie dazu zu zwingen, den Namen ihres vermeintlichen Anführers preiszugeben.

Selbst nach drei Tagen intensiver Befragung unter Mißhandlung gelang es den Sicherheitskräften nicht, ihnen eine Aussage über den Anführer des Protestes zu entlocken. Später wurden die Häftlinge in das Pawo Tramo Gefängnis in der Präfektur Nyingtri verbracht.

In diesem Gefängnis wurden sie in unmenschlichster Weise diversen Formen der Folter, Schlägen und Mißhandlungen ausgesetzt. Drei Monate lang wurden sie verhört und gefoltert. Nach dieser Zeit überstellte man sie in ein Gefängnis im Bezirk Parshul in der Präfektur Chamdo, wo sie zweieinhalb Monate lang inhaftiert waren. Inzwischen wurden auch Tsultrim Lobsang, Pema Choephel und Tashi Palden aus dem Bezirk Parshul der Präfektur Chamdo unter dem Vorwand, Parolen wie "Freiheit für Tibet" gerufen und die Freilassung von fünf anderen Mönchen gefordert zu haben, festgenommen.

Im April 1994 verurteilte das Obere Volksgericht von Chamdo Jampa Tashi und Lobsang Palden wegen "konterrevolutionärer Verbrechen" zu zwölf Jahren Gefängnis. Zusätzlich erkannte man ihnen ihre bürgerlichen Rechte für die Dauer von vier Jahren ab. Chime Dorjee, Lobsang Tsegyal und Pema Tsering, die derselben „Verbrechen“ wegen angeklagt worden waren, wurden zu fünfzehn Jahren Gefängnis und fünf Jahren Aberkennung der bürgerlichen Rechte verurteilt.

Am 22. November 1994 wurden Jampa Tashi und Lobsang Palden in das Pawo Tramo Gefängnis in der Präfektur Nyingtri verlegt und Tsultrim Lobsang, Pema Choephel und Tashi Palden in das Drapchi Gefängnis, Lhasa, TAR.

Die Gefangenen mußten auf den Feldern und in den Gemüseplantagen der Anstalt arbeiten und Reinigungsarbeiten verrichten, wie beispielsweise Toiletten säubern. Jeden Morgen mußten sie den militärartigen Drill absolvieren. Von den Gefangenen wurde stets äußerst harte Arbeit gefordert, die Verhältnisse in dem Gefängnis entsprachen in keiner Weise internationalen Rechtsnormen.

Den politischen Gefangenen wurde auch das sonst übliche Besuchsrecht empfindlich gekürzt, während alle übrigen Gefangenen viel öfter von ihren Angehörigen besucht werden und mehr Zeit mit diesen verbringen konnten.

Am 29. März 2006 wurden Jampa Tashi und Lobsang Palden aus dem Pawo Tramo Gefängnis entlassen, nachdem sie dort je 12 Jahre inhaftiert gewesen waren. Bei der Entlassung mußten ihre Verwandten die Garantie dafür übernehmen, daß sie sich in Zukunft jeglicher politischer Aktivitäten enthalten würden. Den Mönchen wurde außerdem untersagt, in ihre Klöster zurückzukehren und religiöse Rituale und Gebetszeremonien bei tibetischen Familien durchzuführen.

Auch diese Mönche wurden, wie es so häufig bei ehemaligen politischen Gefangenen der Fall ist, unter die strenge Aufsicht der chinesischen Behörden gestellt. Man degradierte sie zu Menschen dritter Klasse und gab ihnen keine Möglichkeit, ihrer Ausbildung entsprechend zu arbeiten. Da es für sie in Tibet keine Zukunftsaussicht mehr gab, entschlossen sie sich schließlich zur Flucht nach Indien. Sie erreichten Dharamsala am 23. Dezember 2007.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Menschenrechten in Tibet

Am 13. Dezember 2007 verabschiedete das EP eine Resolution, in der es China wegen der schlechten Menschenrechtslage in Tibet tadelte. Es fordert die Kommission auf, China gegenüber entschiedener aufzutreten.

In der Resolution wird Chinas mangelnde Antwort auf das Dialogangebot des Dalai Lama zur friedlichen Lösung der Tibetfrage bedauert. Es heißt darin: „Die sechste chinesisch-tibetische Gesprächsrunde hat keine Ergebnisse erbracht. Das Parlament fordert beide Seiten auf, sich in jeder Weise um die Fortführung des Dialogs zu bemühen, und fordert die chinesische Regierung auf, substantielle Verhandlungen einzuleiten und dabei die Forderungen des Dalai Lama nach Autonomie für Tibet gebührend zu berücksichtigen; es fordert China auf, keinen Druck auf Staaten auszuüben, die freundschaftliche Beziehungen zum Dalai Lama pflegen“.

In der Resolution wird China vorgeworfen, die grundlegenden Menschenrechte des tibetischen Volkes durch Folter massiv zu verletzen, die patriotische Umerziehung in den religiösen Institutionen zu forcieren und die Tibeter zu zwingen, den Dalai Lama als „Separatisten“ anzuprangern. Das Parlament fordert auch, daß China einem unabhängigen Gremium Zugang zu dem Panchen Lama von Tibet, Gedhun Choekyi Nyima, gewährt, wie es vom Ausschuß der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes beantragt worden ist.

Folgender Text der Resolution wurde von der Website des Europäischen Parlaments übernommen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2007-0622&language=DE&ring=P6-RC-2007-0543>

Das Europäische Parlament

- A. in der Erwägung, daß seit der Einführung von Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und China im Jahr 1998 sich deren Beziehungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erheblich weiterentwickelt haben,
- B. in der Erwägung, daß Beschlüsse zur Aufnahme eines Menschenrechtsdialogs auf der Grundlage bestimmter, vom Rat angenommener Kriterien gefaßt wird, bei denen die wesentlichen Bedenken auf Seiten der Europäischen Union zur Menschenrechtslage in dem betreffenden Land, eine im Zusammenhang mit diesem Dialog zu erkennende echte Bereitschaft seitens der politischen Führung des betreffenden Landes, die Menschenrechtssituation vor Ort zu verbessern, sowie die positiven Auswirkungen zum Tragen kommen, die ein Menschenrechtsdialog auf die Menschenrechtssituation haben kann,
- C. in der Erwägung, daß die Olympischen Spiele 2008 in Peking eine ideale Möglichkeit bieten sollten, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Menschenrechtssituation in China zu lenken,
- D. in der Erwägung, daß das Bekenntnis zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und des Rechtsstaats Grundlage der Europäischen Union ist und sie sich durch sie definiert; in der Erwägung, daß die Europäische Union die Einhaltung dieser Grundsätze als Vorbedingung für Frieden und Stabilität in jeder Gesellschaft betrachtet,
- E. in der Erwägung, daß die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und China größte Bedeutung für die Beziehungen beider Seiten hat und daß eine wirkliche Partnerschaft auf gemeinsamen Werten beruhen muß,
- F. in der Erwägung, daß die Stärkung und Vertiefung der Beziehungen zwischen China und der Europäischen Union dazu beitragen könnten, konvergierende Sichtweisen zu entwickeln hinsichtlich der Maßnahmen zur Bewältigung von globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Sicherheit, Terrorismus und Nichtverbreitung von Waffen ;
- G. angesichts der ständigen beunruhigenden Meldungen über politische motivierte Unterdrückung, insbesondere von Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Mitgliedern religiöser und ethnischer Minderheiten, über Folter, den verbreiteten Einsatz von Zwangsarbeitern, die häufige Verhängung der Todesstrafe und die systematische Unterdrückung der Religionsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Medienfreiheit, einschließlich des Internet, und über die strengen

Kontrollen durch die chinesische Regierung über Informationen über und den Zugang zu tibetischen Gebieten in China; in der Erwägung, daß es deshalb sehr schwierig ist, das Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen genau zu bestimmen,

H. in der Erwägung, daß das politische Wirken und die Einflußnahme Chinas in der Welt im vergangenen Jahrzehnt beträchtlich zugenommen haben; in der Erwägung, daß Glaubwürdigkeit, demokratische Werte und Verantwortungsbewußtsein die Grundlage der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China sein sollten.

Menschenrechtsdialog EU-China

9. bedauert, daß das Verhalten Chinas im Bereich der Menschenrechte weiterhin Grund zu schwerer Besorgnis gibt; betont daher die Notwendigkeit, den Menschenrechtsdialog EU-China entscheidend zu stärken und zu verbessern; fordert den Rat auf, dem Europäischen Parlament im Anschluß an Beratungen einen detaillierteren Bericht vorzulegen; hält es für sachgemäß, die auf Menschenrechte spezialisierten juristischen Seminare EU-China fortzusetzen, die im Vorfeld des Dialogs eingeführt wurden, und an denen Akademiker und Vertreter der Bürgergesellschaft teilnahmen, begrüßt in diesem Zusammenhang die Gründung eines akademischen Menschenrechtsnetzwerks EU-China unter Ziel 3 des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte und fordert die Kommission auf sicherzustellen, daß dieses Netzwerk in Zusammenarbeit mit dem Parlament effizient funktionieren wird;

10. vertritt die Auffassung, daß die bei den bisherigen Gesprächsrunden mit China behandelten Themen, wie die Ratifizierung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die Reform des Strafrechts, einschließlich der Abschaffung der Todesstrafe und des Systems der Umerziehung durch Arbeit, die Meinungsfreiheit, insbesondere im Internet, die Pressefreiheit, die Freiheit des Zugangs zu Informationen, die Gewissens-, Gedanken- und Religionsfreiheit, die Situation der Minderheiten in Tibet, die Freilassung der Personen, die nach den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz verhaftet wurden, die Arbeitnehmerrechte und andere Rechte im Rahmen des Dialogs weiter behandelt werden sollten und daß dabei besonders die Anwendung der in den vorangegangenen Dialogen ausgearbeiteten Empfehlungen, auf die sich beide Seiten geeinigt haben, und die Seminare über Rechtsangelegenheiten zur Sprache gebracht werden sollten; fordert hierzu den Rat auf, eine Verlängerung der Dauer des Dialogs in Betracht zu ziehen und mehr Zeit für die Beratung der dabei angeschnittenen Themen vorzusehen; fordert ferner den Rat und die Kommission auf, der Einhaltung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, insbesondere hinsichtlich unabhängiger Gewerkschaften und Kinderarbeit, besondere Beachtung zu schenken;

11. nimmt Kenntnis von der Zusage Chinas, den VN-Menschenrechtsrat bei seiner Aufgabe, in glaubwürdiger, objektiver und nicht selektiver Art und Weise Menschenrechtsprobleme in Angriff zu nehmen, zu unterstützen, und fordert zu einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen auf sowie zur Zusammenarbeit mit dem VN-Menschenrechtsmechanismus und zur Einhaltung der internationalen Menschenrechtsnormen, die in den einschlägigen internationalen Menschenrechtsinstrumenten verankert sind und zu denen auch die Minderheitenrechte zählen;

12. weist darauf hin, dass China freie Meinungsäußerung und freie Religionsausübung und Gedankenfreiheit zulassen muss; bekräftigt insbesondere im Licht der Diskussionen unter chinesischen Funktionären über die Definition von "Religion" und insbesondere von "legaler Religion", dass ein umfassendes Gesetz über Religion formuliert werden muss, das internationalen Standards entspricht und die tatsächliche Religionsfreiheit garantiert; bedauert die Widersprüchlichkeit zwischen der verfassungsmäßigen Glaubensfreiheit (verankert in Artikel 36 der chinesischen Verfassung) und der fortwährenden Einmischung des Staates in die inneren Angelegenheiten von Religionsgemeinschaften, insbesondere in Bezug auf Ausbildung, Wahl, Ernennung und politische Indoktrinierung von Geistlichen;

13. bedauert, dass die sechste chinesisch-tibetische Gesprächsrunde keine Ergebnisse erbracht hat; fordert beide Seiten auf, sich in jeder Weise um die Fortführung des Dialogs zu bemühen, und fordert die chinesische Regierung auf, substantielle Verhandlungen einzuleiten und dabei die Forderungen des Dalai Lama nach Autonomie für Tibet gebührend zu berücksichtigen; fordert China auf, keinen Druck auf Staaten auszuüben, die freundschaftliche Beziehungen zum Dalai Lama pflegen:

14. erklärt sich zum wiederholten Mal besorgt über die Meldungen von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Tibet und den übrigen von tibetischer Bevölkerung bewohnten Provinzen, in denen von Folter, willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung, Unterdrückung der Religionsfreiheit, willkürlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Rehabilitationsmaßnahmen in Arbeitslagern die Rede ist; bedauert die Intensivierung der so genannten Kampagne der "patriotischen Erziehung" seit Oktober 2005 in den Mönchs- und Nonnenklöstern von Tibet, bei der Tibeter gezwungen werden, Erklärungen zu unterschreiben, in denen der Dalai Lama als gefährlicher Separatist angeprangert wird; fordert China auf, einem unabhängigen Gremium Zugang zu dem Panchen Lama von Tibet, Gedhun Choekyi Nyima, und seinen Eltern zu gewähren, wie vom Ausschuß der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes beantragt worden ist;
15. fordert China als Mitglied des UN-Menschenrechtsrates auf, die Empfehlungen des UN-Sonderberichterstatters über Folter umzusetzen und eine ständige Einladung an UN-Sachverständige nach China auszusprechen;
16. ist der Auffassung, daß Besorgnisse bezüglich der Menschenrechte im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking verstärkt ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden sollten; wiederholt die Notwendigkeit der Achtung universeller grundlegender ethischer Prinzipien und der Förderung einer friedlichen Gesellschaft, die sich dem Schutz der Menschenwürde widmet, wie es in Artikel 1 und 2 der Olympischen Charta festgeschrieben ist;
17. fordert das Olympische Komitee auf, seine Bewertung bezüglich der Erfüllung der 2001 vor der Vergabe der Spiele an Peking gegebenen Versprechen zu veröffentlichen; unterstreicht die Verantwortung der Europäischen Union, einer solchen Bewertung Rechnung zu tragen und mit ihren olympischen Organisationen zusammenzuarbeiten und eine Grundlage für verantwortungsvolles Verhalten im Vorfeld, während, sowie nach den Olympischen Spielen zu schaffen;
18. ist ernstlich besorgt über die jüngste Zunahme politischer Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Rechtsanwälten, Petitionsverfassern, Aktivisten der Zivilgesellschaft, von ethnischen Gruppen - wie den Uiguren - und von Gläubigen jeglicher Religion, namentlich von Anhängern der Falun Gong im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen; fordert die chinesischen Staatsorgane auf, diese Menschen unverzüglich freizulassen und diesen Verstößen gegen die Menschenrechte ein Ende zu setzen sowie den Abriss einer großen Zahl von Wohngebäuden ohne jegliche Entschädigung, um Raum zu schaffen für die Olympia-Infrastrukturen, einzustellen;
19. ist ferner besorgt angesichts der Überwachung und Zensur der Informationen im Internet und fordert die chinesischen Staatsorgane auf, die Sperrung Tausender von Internetsites, einschließlich Internetsites europäischer Medien, zu beenden; fordert die chinesischen Staatsorgane auf, den Schriftsteller Yang Maodong und die 50 weiteren in China inhaftierten Cyber-Dissidenten und Internetnutzer freizulassen;
20. fordert China auf, konkrete Schritte zu unternehmen, um die Meinungsfreiheit zu gewährleisten, und die Pressefreiheit für chinesische und ausländische Journalisten zu respektieren; verweist mit besonderer Sorge auf die fehlende Umsetzung der neuen Regelung für in China aktive internationale Journalisten und fordert die chinesische Regierung nachdrücklich auf, unverzüglich die Zensur und die Blockierung Tausender von im Ausland basierten Nachrichten- und Informationsinternetseiten - insbesondere mit Hilfe von multinationalen Unternehmen - zu beenden; fordert die Freilassung aller in China wegen der Ausübung ihres Rechts auf Information inhaftierten Journalisten, Internetnutzer und Internet-Dissidenten; bekräftigt seine Forderung an die chinesischen Staatsorgane, während der Olympischen Spiele 2008 ein Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe zu verhängen;
21. macht aufmerksam auf die Schlußfolgerungen des Mitte Oktober 2007 abgehaltenen 17. Nationalen Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas, in denen sich verschiedene Perspektiven und Grade der Offenheit in Bezug auf die Umsetzung höherer internationaler Menschenrechtsstandards in China zeigten.

China läßt Mönche aus dem Kloster Phelka verhaften

Laut einer dem TCHRD zugegangenen bestätigten Information wurden sechs Mönche des Klosters Phelka im Bezirk Driru, Präfektur Nagchu, TAR, verhaftet. Zu der Verhaftung kam es im Rahmen der

patriotischen Umerziehungskampagne, die unlängst im Kloster Phelka durchgeführt wurde. Am 20. November 2007 wurden die Mönche unter Gewaltandrohung aufgefordert, Dokumente zu unterzeichnen, in welchen der Dalai Lama als "Separatist" verurteilt wird, doch sie waren nicht bereit, dies zu tun.

Zusätzlich wurden zwei weitere Mönche, Nani und Tenphel, festgenommen, weil sie sich geweigert hatten, ein Bußgeld in Höhe von 10.000 Yuan an die chinesischen Behörden zu entrichten. Dem TCHRD liegen keine weiteren Informationen über diese Mönche vor.

Die chinesische Regierung verschärfte die Einschränkungen für die religiösen Einrichtungen, die sie lange schon als Bastionen des tibetischen Nationalismus betrachtet. Die täglichen Aktivitäten der Mönche und Nonnen in dem Kloster wurden unter strenge Beobachtung gestellt. Laut eines verlässlichen Berichtes wurden die Mönche des Klosters Phelka aufgefordert, das Klostergelände zu räumen. Einst beherbergte es rund zweihundert Mönche, doch nach den jüngsten Vorkommnissen sind sie in ihre Heimatorte zurückgekehrt und ließen das Kloster verlassen zurück.

Offizielle Lügen führen zu Spannungen im Bezirk Nyagchu

Ngawang Dakpa, ein Mönch aus Miyak, berichtete dem TCHRD von der Umsiedelung von etwa neunhundert Familien aus dem Dorf Shete in der Gemeinde Watuchoe im Bezirk Nyagchu (Kham Miyak), TAP Kardze, Provinz Sichuan.

Die chinesischen Behörden ordneten den Bau eines Wasserkraftwerks in der seit Jahrhunderten von Tibetern bewohnten Gemeinde Watuchoe, Bezirk Nyagchu, Kham Miyak, an. Es wurden Gerüchte verbreitet, denen zufolge die chinesische Regierung außerdem plane, in dem Dorf ein Bergarbeiterlager zu errichten. Die ortsansässigen Tibeter sahen sich großen Schwierigkeiten gegenüber. Die chinesischen Behörden erklärten den Tibetern: "Euer einziger Besitz sind eure Häuser. Gebt uns einen Anhaltspunkt für ihren Wert. Die Regierung wird euch eine Entschädigung in entsprechender Höhe für sie bieten. Einen weitergehenden Anspruch habt ihr nicht, denn das Land gehört dem Staat."

Anschließend befahlen die lokalen Behörden den Tibetern, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, mit der sie der Umsiedelung zustimmten. Die betroffenen Tibeter weigerten sich jedoch, dies zu tun. Choekyi Gyaltsen Rinpoche, ein in der Gegend hoch angesehener Lama, riet den Tibetern, sich mit einer Petition an die Zentralregierung in Beijing zu wenden. Er sagte ihnen, sie hätten keine Veranlassung, die Vereinbarung über die Entschädigung zu unterzeichnen, denn sie lebten bereits so viele Jahre an diesem Ort und besäßen Land und Häuser. Aus diesem Grund sollten sie sie zunächst nicht unterschreiben. Die Tibeter haben sie bis auf den heutigen Tag nicht unterzeichnet.

Im Jahre 2006 wurde jedoch bekannt, daß die chinesischen Bergarbeiter bereits an einigen Bergen in und um die Gemeinde Watuchoe mit der Arbeit begonnen hatten. Daraufhin gingen ungefähr dreißig Tibeter zu den chinesischen Bergarbeitern und baten sie, keinen Bergbau auf ihrem angestammten Land zu betreiben. Erzürnt darüber, daß die Chinesen nicht auf ihr Bitten eingingen, bewarfen sie die Bergarbeiter mit Steinen.

In diesem Jahr kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ungefähr sechzig Tibetern und den chinesischen Bergarbeitern, in deren Folge die chinesischen Behörden eine Ausgangssperre für die Tibeter von Nyagchu verhängten. Ihnen wurde noch nicht einmal erlaubt, sich die notwendigsten Gegenstände anderswo in der Gegend zu beschaffen. Dies hatte zur Folge, daß ungefähr dreißig aufgebrauchte Tibeter die chinesischen Bergarbeiter angriffen, wodurch die Auseinandersetzung eskalierte.

Um die Lage zur Ruhe zu bringen, besuchte daraufhin ein Vertreter der chinesischen Behörden die aufgebrauchten Tibeter und sagte ihnen, sie sollten die Konfrontation mit den Bergarbeitern einstellen. Er versicherte den Tibetern, dafür zu sorgen, daß keine Maßnahmen gegen sie ergriffen würden, wenn sie ihre Auseinandersetzung mit den Bergarbeitern beendeten.

Doch kurz nachdem die Tibeter nach Hause zurückgekehrt waren, schickten die chinesischen Behörden Hunderte von Kräften der bewaffneten Volkspolizei (PAP), um eine Strafaktion durchzuführen. Viele Tibeter trugen dabei Verletzungen davon, einige sogar schwere.

Ngawang Dakpa berichtete dem TCHRD weiter, die Chinesen hätten so heftig mit Eisenstangen auf vier Tibeter eingeschlagen, daß ihnen die Hände gebrochen wurden. Einer der Tibeter wurde an der

Hüfte getroffen, was zu einer bedenklichen Lähmung führte. Einige andere Tibeter erhielten schwere Kopfverletzungen durch Schlagwaffen, die die Polizei einsetzte.

Während dieses Vorfalles legten einige Tibeter telefonisch Beschwerde bei dem Sicherheitspersonal des Bezirkes ein. Doch leider schlug dieses erneut grausam auf die Tibeter ein, anstatt ihrer Beschwerde nachzugehen.

Überraschenderweise äußerte ein Tibeter, der bei den Sicherheitskräften angestellt ist, gegenüber den chinesischen Sicherheitskräften seinen Unmut über die Mißhandlung seiner Landsleute und bezichtigte sie des Rassismus und der Diskriminierung. Später beschuldigten seine Vorgesetzten bei der Sicherheitspolizei ihn des "verbalen Exzesses" und feuerten ihn.

Die ortsansässigen Tibeter verfaßten nach dem gewaltsamen Vorgehen der Polizisten gegen sie eine Beschwerde an den Chef der Bezirksverwaltung. Er rügte die Tibeter jedoch nur, ohne ihre Beschwerde zur Kenntnis zu nehmen.

So wurden letzten Endes die Tibeter Opfer einer doppelten Bestrafung. Manche von ihnen sind auf Dauer gesundheitlich geschädigt, aber die zuständigen Behörden sorgten nicht einmal für die medizinische Betreuung der Opfer.

Tibetische Schriftstellerin Tsering Woesser mit der "Freedom of Speech Medal" ausgezeichnet

Die in Indien ansässige Vereinigung tibetischer Journalisten zeichnete am 17. Dezember 2007, dem zehnten Jahrestag ihrer Gründung, in Gangchen Kyishong (Sitz der tibetischen Regierung-im-Exil) die sehr produktive und weithin bekannte tibetische Schriftstellerin Tsering Woesser mit der "Freedom of Speech Medal" aus. Diese Ehre wurde ihr für ihr stetes Engagement erwiesen, mit dem sie ihre Stimme im Namen des tibetischen Volkes gegen die grausamen Menschenrechtsverletzungen in Tibet erhebt. Woesser selbst beschrieb die Auszeichnung als einen Beweis für die enorme Aufmerksamkeit, die die Menschenrechtsverletzungen in Tibet in aller Welt erregen.

Die norwegische Autorenvereinigung verlieh ihr den "Freedom of Expression" Preis für ihr Eintreten für die Meinungsfreiheit der Tibeter in Tibet. Sie ist heute eine der angesehensten Schriftstellerinnen, die auf Chinesisch schreiben. Ihre Schriften sind vor allem durch die Kühnheit und Gründlichkeit bekannt, mit denen sie den Chinesen trotzt.

Internationale Berühmtheit erlangte sie durch ihr Buch "Notes on Tibet" (chin. Xizang Bijì), eine Sammlung von achtunddreißig Kurzgeschichten über die tibetische Kultur, das erstmals 2003 veröffentlicht wurde. Es ist in China wegen seiner sensiblen Darstellung der Situation der Tibeter in Tibet zu einem Bestseller geworden. Später wurde es jedoch von der chinesischen Regierung verboten, und Woesser wurde wegen der "politischen Fehler" in ihrer Arbeit aus ihrer literarischen Vereinigung ausgeschlossen mit der Begründung, die in ihrem Buch dargelegten Ansichten seien "schädlich für die Einheit und den Zusammenhalt in der Nation". Weitere ihrer Arbeiten sind: "Tibet Above" (Xizang Supreme), "Notes on Tibet" und "Map of Burgundy Red" (Xianghongsede Ditu).